
Erklärung der deutschen Wirtschaft zu den Koalitionsverhandlungen

02.04.25

Erklärung der deutschen Wirtschaft zu den Koalitionsverhandlungen

Während die Weltökonomie beständig wächst, verharrt Deutschland in der Rezession. Unternehmen und Betriebe geraten im Standortwettbewerb immer mehr ins Hintertreffen. Unser Land verliert an wirtschaftlicher Stärke. Stärke, die Deutschland braucht, um seinen Wohlstand, seinen sozialen Zusammenhalt und seine Sicherheit zu gewährleisten.

In den vergangenen Wochen hat sich die wirtschaftliche Lage dramatisch zugespitzt. Handelskonflikte eskalieren, die Inflation steigt, das Wachstum schwächt sich weiter ab – überall verdichten sich die Krisensignale. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit bei der Drei-Millionen-Marke angekommen. Die Fakten sind unbestreitbar, Deutschland steckt in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass diese Krise vor allem hausgemacht ist. Deutschland hat nicht nur ein vorübergehendes, konjunkturelles, sondern insbesondere strukturelle Probleme.

Doch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Koalitionsverhandlungen zeigen sich von diesen Entwicklungen scheinbar unbeeindruckt. Ihre bisherigen Zwischenergebnisse sind unzureichend und tragen der sich zuspitzenden Lage in den Unternehmen und Betrieben nicht Rechnung. Was bislang vorliegt, ignoriert in vielen Bereichen die wachsenden wirtschaftlichen Herausforderungen. Eines ist klar: Schulden allein lösen keine Probleme. Ohne tiefgreifende Reformen wird es keinen

nachhaltigen Aufschwung geben. Und nur durch neues wirtschaftliches Wachstum können Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert werden. Jetzt ist daher entschlossenes Handeln gefragt.

Es darf in den Koalitionsverhandlungen nicht darum gehen, wer sich symbolisch durchsetzt. Es kommt vielmehr darauf an, für unser Land die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu stellen. Vor allem in den folgenden Bereichen muss ein Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD deutlich mehr Ambition zeigen, als es bisherige Zwischenstände erwarten lassen:

- Deutschland nimmt bei der Höhe der **Steuerbelastung** für Unternehmen und Betriebe mit rund 30 Prozent international eine Spitzenposition ein, was sich zu einem erheblichen Standortnachteil entwickelt hat. Die Steuerbelastung der Unternehmen und Betriebe muss spürbar reduziert werden. Ziel muss es sein, die derzeitige Steuerbelastung der Unternehmen – zumindest schrittweise – auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent abzusenken.
- Die **sozialen Sicherungssysteme** müssen dringend reformiert werden, um sie finanzierbar, zukunftsfest und generationengerecht zu gestalten. Für die Unternehmen und insbesondere lohnintensive Betriebe bedeuten steigende Beitragssätze ein Mehr an Belastung und eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit. Bei den Beschäftigten führen sie zu weniger Netto vom Brutto.
- Der deutsche Staat muss schneller und effizienter werden. Die künftigen Koalitionspartner müssen dem Abbau von **Bürokratielasten** für die Wirtschaft höchste Priorität einräumen. Berichts- und Dokumentationspflichten müssen systematisch abgebaut werden. Auch zeitraubende und umständliche Planungs- und Genehmigungsverfahren verhindern Investitionen und bremsen Innovationen in der Wirtschaft. Sämtliche Verfahren müssen über alle Fachgesetze hinweg vereinfacht und verkürzt werden.
- Hohe Energiekosten sind zu einem wesentlichen Wettbewerbsnachteil der deutschen Wirtschaft geworden. Der Standort Deutschland braucht daher wieder international konkurrenzfähige **Energiepreise** (Strom, Gas, Wasserstoff) und mehr Versorgungssicherheit. Neben kurzfristigen Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Energieverbraucher sind zudem massive strukturelle Reformen zwingend notwendig, um die Energiekosten dauerhaft zu senken.

Nur wirtschaftliches Wachstum sichert Arbeitsplätze und den sozialen Zusammenhalt. CDU, CSU und SPD müssen sich jetzt für wirksame, strukturelle Reformen entscheiden. Der Standort Deutschland muss dringend wieder attraktiver werden – für Investitionen, für Innovationen und für all jene, die mit unternehmerischem Mut Verantwortung übernehmen. Es muss sich lohnen, in diesem Land ein Unternehmen zu führen. Wenn die künftige Bundesregierung das nicht schnell und konsequent ermöglicht, wird sich der wirtschaftliche Abschwung in den kommenden Jahren nicht mehr aufhalten lassen.

Unterzeichnende Verbände:

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V.

Arbeitgeberverband der Cigarettenindustrie e.V.

Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e.V.

Arbeitgeberverband Pflege e.V.

Arbeitgeberverband Stahl e.V.

BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e. V.

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

BDSW Bundesverband der Sicherheitswirtschaft

Bund der Steuerzahler Deutschland e. V.

Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V.

Bundesarbeitgeberverband Glas und Solar e.V.

Bundesinnung der Hörakustiker (biha) KdöR

Bundesinnungsverband des Deutschen Kälteanlagenbauerhandwerks

Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks

Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik

Bundesverband Beteiligungskapital e.V.

Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e.V.

Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V. (BDL)

Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.

Bundesverband der Systemgastronomie e.V.

Bundesverband Deutsche Startups e.V. (Startup-Verband)

Bundesverband deutscher Banken e.V.

Bundesverband Deutscher Bestatter e.V.

Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen

Bundesverband Druck und Medien e. V.

Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz

Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.

Bundesverband Gerüstbau

Bundesverband Glasindustrie e.V.

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e.V.

Bundesverband Keramische Industrie e.V. (BVKI)

Bundesverband Rollladen + Sonnenschutz e.V. (BVRs)

Bundesverband Schmuck, Uhren, Silberwaren und verwandte Industrien e.V.

Bundesverbände Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs)

Bundesvereinigung Bauwirtschaft

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V.

Bundeszahnärztekammer - Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Zahnärztekammern e.V. (BZÄK)

BVTE | Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse

Der Backzutatenverband (BZV)

Deutsche Geflügelwirtschaft

Deutscher Bauernverband e. V.

Deutscher Boots- und Schiffbauer-Verband e.V.

Deutscher Brauer-Bund e.V.

Deutscher Holz- und Bautenschutzverband e.V.

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V.

Deutscher Konditorenbund / Bundesinnungsverband für das Konditorenhandwerk

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

DIE PAPIERINDUSTRIE e. V.

Die Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V.

Familienbetriebe Land und Forst e. V.

FFI Fachverband Faltschachtel-Industrie e.V.

GDV – Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V.

Gesamtverband der Personaldienstleister e.V.

Handelsverband Deutschland – HDE

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

Hauptverband Papier- und Kunststoffverarbeitung (HPV) e.V.

LandBauTechnik Bundesverband e.V.

Markenverband e.V.

Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden

ULA – Deutscher Führungskräfteverband

Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.

VdR - Der Tabakmittelstand

Verband Beratender Ingenieure (VBI)

Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA)

Verband der Chemischen Industrie e.V. - VCI

Verband der Deutschen Dental-Industrie e.V. (VDDI)

Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie e.V. (VHI)

Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS

Verband Deutscher Großbäckereien e.V.

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)

Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI)

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände

Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.

VKS Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.

VU Die Arbeitgeber Mecklenburg-Vorpommern

Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V., Verein der Zuckerindustrie e.V.

Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V. (WSM)

WirtschaftsVereinigung Metalle e.V.

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Zentraler Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA)

Zentralverband der Augenoptiker und Optometristen

Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH)

Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft e.V. (ZAW)

Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V. (ZDB)

Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks

Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V. (ZDK)

Koordination

BDA | Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

DIHK | Deutsche Industrie- und Handelskammer

Breite Str. 29 | 10178 Berlin

Zentralverband des Deutschen Handwerks

Mohrenstr. 20 / 21 | 10117 Berlin

-
- [Auf Xing teilen](#)
 - [Auf Facebook teilen](#)
 - [Auf X teilen](#)
 - [Auf LinkedIn teilen](#)

 - [Drucken](#)
 - [Als PDF speichern](#)

Download

Erklärung der deutschen Wirtschaft zu den Koalitionsverhandlungen

[PDF, 5,7 MB](#)

